

Zugang zur sakramentalen Struktur möglich ist, so mißverständlich auch die Differenz zwischen der traditionell-theologischen und der phänomenologisch-modernen Begriffswelt sein mag.

Bleibende Divergenzen

Als ergänzend zum Statement von Döring konnte man den Festvortrag von Prof. *Peter Hünermann* empfinden. Dieser sprach über „Die sakramentale Struktur der Wirklichkeit und die Sakramente der Kirche“. Die moderne Geisteswelt sei von zwei Grundströmungen beherrscht, einerseits, von Descartes ausgehend, durch die rationalwissenschaftliche Weltbeherrschung, andererseits, durch Pascal zum erstenmal zum Ausdruck gebracht: durch die „andere Ordnung“ des Herzens, die „ihr Recht“ behalten müsse, wenn die Welt im Gleichgewicht bleiben solle. Die Sakramententheologie der Reformation wie der Gegenreformation habe diesen Pascalschen Ansatz nicht begriffen. Dort wurden die Sakramente zweckhaft instrumentalisiert, als reine Werkzeuge der Gnadenvermittlung definiert, wodurch sie die inkarnatorische Leuchtkraft für die Erhellung menschlichen Daseins verloren hätten. In einer Analyse der Art. 6–10 der Liturgiekonstitution des Konzils erarbeitete Hünermann Neuansätze einer Sakramententheologie. In Fortführung des Konzils müßten die Sakramente als „Konfigurationen des Unverfügbaren“ entdeckt und in der Praxis der Kirche lebendig werden.

In den weiteren beiden Diskussionsrunden des Symposiums standen wieder Fragen ökumenischer Theologie im engeren Sinn zur Debatte. Dabei bestand manchmal die Gefahr, wieder in die unfruchtbaren Schemata einer überholten Kontroverstheologie abzurutschen. Der Würzburger Patrologe Prof. *Heinz-Joachim Schulz* referierte über „die sakramentale Struktur der Kirche in orthodoxer Sicht“. Er stellte das Thema in die historische Perspektive des ersten Jahrtausends und erläuterte das Verständnis von Sakramentalität bei den Kirchenvätern und die entsprechenden Aussagen der alten Konzilien, vor allem des ersten Konzils von Konstantinopel (381). 1 Kor 10, 16 f. bezeichnete Schulz als „das Urdokument eucharistischer Ekklesiologie“. „Die gemeinsamen sakramentalen Strukturen der Kirche reichen weit hinter die Spaltung des

1. Jahrtausends zurück, aber auch noch weit hinter jene Spaltungen, die nach den Konzilien von Ephesus und Chalkedon im 5. Jahrhundert aufbrachen. Sie führen uns in die entscheidende Entwicklung der Kirche ...“ Die orthodoxen Kirchen gebrauchten zwar nicht Begriffe wie „Sakrament“ oder „sakramentale Struktur“, aber der Sache nach stehen sie auch hier ungebrochen in der gemeinsamen altkirchlichen Tradition, die in den frühen Bekenntnistexten den ursprünglichen Zusammenhang von Bekenntnis und Sakrament (in Gestalt von Taufe und der Eucharistie) bewahrt. Auch für die Gläubigen der heutigen Orthodoxie habe sich das Bewußtsein erhalten, „daß die sakramentale Struktur der Kirche, die in der Liturgie erlebt wird, nicht ein sekundäres Charakteristikum der Kirche darstellt“.

Das letzte Statement trug Prof. *Günther Gaßmann*, Präsident des Lutherischen Kirchenamtes in Hannover, vor: „Die Rezeption der sakramentalen Struktur durch die nichtkatholischen Kirchen in der ökumenischen Diskussion“. Der einzige Nichtkatholik unter den Referenten machte die deutlichen Vorbehalte der reformatorischen, auch der lutherischen Kirchen und ihrer Theologie gegenüber einem thematisierten Sakramentsbegriff deutlich, zeigte andererseits aber auch wertvolle Ansätze vor allem in den ökumenischen Konsensustexten von Faith and Order, bis zu den sog. „Lima-Papieren“ des Jahres 1982 (vgl. HK, März 1982, 115 f.). Gaßmann konstatierte in den reformatorischen Kirchen eine „differenzierte Rezeption des Zeichen-Begriffs“. Die Kirche werde von ihnen durchaus als Abbild der Gegenwart Christi verstanden und zugleich als „Instrument des göttlichen Plans für seine Welt“. Doch sei der „eschatologische Vorbehalt“ bei den Protestanten stärker ausgeprägt als bei Katholiken und Orthodoxen. Alle kirchliche Wirklichkeit sei vorläufig und eher gebrechlicher Hinweis auf das Kommende als göttliche Wirklichkeit inmitten dieser Welt. In der Debatte sowohl zu den Ausführungen von Schulz wie von Gaßmann wurde deutlich, wie divergierend nicht nur die Meinungen der verschiedenen Kirchen, sondern auch der mehrheitlich katholischen Teilnehmer waren. Teilweise wurde grundsätzlicher Protest gegen das Sprechen von der Kirche als „Ursakrament“ angemeldet.

Manfred Plate

Muslimen in Westeuropa

Zu einer Konsultativtagung der Wanderungsexperten

Unter dem Generalthema „Islam in den westeuropäischen Ländern“ stand die diesjährige Konferenz des Katholischen Komitees für innereuropäische Wanderung (CCMIE) Anfang März in der Katholischen Akademie Stuttgart-Hohenheim. Das Komitee stellt eine Unterorganisation der nach dem Krieg gegründeten internationalen katholischen Flüchtlingsorganisation mit Sitz in Genf

dar. Die jährlichen Konsultationstagungen der vor allem aus den nationalen Caritasverbänden stammenden Migrationsexperten widmen sich jeweils einem eingegrenzten Themenbereich. Zentraler Teil der einwöchigen Konferenz sind die sogenannten „Länderberichte“, die dem Meinungsaustausch und der Orientierung dienen und Perspektiven für kirchliche Sozialarbeit liefern sollen.

Herkunft und Zugehörigkeit

Vierzig Delegierte versuchten in Hohenheim sich ein Bild der in Westeuropa sehr heterogenen Situation eingewanderter Muslime zu machen. Es gab dabei deutliche Unsicherheiten in der Beurteilung des Phänomens. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Zum einen konzentriert sich kirchliche Sozialarbeit mit Ausländern in erster Linie auf Glaubensgenossen. Schon diese Arbeit wird von Kennern als immer noch relativ randständig beurteilt. Zum anderen ist auf den ersten Blick nicht erkennbar, wie sich die „andere Seite“ zusammensetzt: Den Religionsgemeinschaften adäquate Strukturen fehlen im westeuropäischen Islam weithin. Darüber hinaus zeigen sich im europäischen Vergleich Unterschiede in den kirchlichen Voraussetzungen: Eine Einschränkung erfuhren die Aussagen der Tagung insofern, als von Großbritannien und den Niederlanden keine Berichte vorlagen.

Gegenwärtig leben in Westeuropa zwischen *sechs bis sieben Millionen Muslime*, deren Religionszugehörigkeit von keiner offiziellen Statistik der jeweiligen Aufnahmeländer erfaßt wird. Man ist deshalb zur Beurteilung des Phänomens auf Schätzungen und Näherungsrechnungen angewiesen. Entsprechende Rückschlüsse können vor allem aus der Nationalität der ausländischen Minderheiten gezogen werden.

Herkunft und Schichtzugehörigkeit der Muslime sind in den einzelnen westeuropäischen Staaten sehr unterschiedlich: Während in der Bundesrepublik ein ausgesprochen türkisch geprägter Islam vorherrscht, ist in Frankreich, Spanien, Italien und Portugal ein maghrebisch geprägter Islam anzutreffen. In den Niederlanden und Belgien sind maghrebische und türkische Muslime jeweils zur Hälfte vertreten.

Abgesehen von den illegalen in Spanien lebenden Muslimen sind es dort vor allem Intellektuelle und Studenten – im Gegensatz hierzu in der Bundesrepublik türkische Arbeiter. Muslime in selbständigen Tätigkeiten sind bisher nur in Frankreich und in Großbritannien in größerer Zahl anzutreffen.

Allen Länderberichten war gemeinsam, daß sie von einer bedeutsamen Minderheit von Muslimen ausgehen, die bereits eingewandert oder in einem Einwanderungsprozeß begriffen ist.

Trotz restriktiver werdender Ausländerpolitik in einzelnen europäischen Staaten – gegenwärtig vor allem in der Bundesrepublik Deutschland – ist mit einem weiteren Ansteigen der Muslime zu rechnen, da die Familienzusammenführung noch nicht abgeschlossen ist und sich das Wirtschaftsgefälle der beteiligten Staaten und Regionen nicht vermindert, sondern eher vergrößert.

In *Portugal* leben ca. 3000–5000 Muslime, die vorwiegend aus Mozambique stammen. Sie treiben meist Kleinhandel oder sind Besitzer von Hotels oder Vergnügungsstätten. Die muslimische Bevölkerung konzentriert sich im wesentlichen im Großraum Lissabon. Zwischen den Verantwortlichen von Kirche und Islam bestehen von gegenseitig

gem Respekt getragene Beziehungen. Die Religionsausübung ist frei; gesetzlich, kirchlich und gesellschaftlich gibt es keine Probleme, vor allem auch keine Diskriminierung.

In der *Schweiz* gehen Schätzungen von ca. 70 000 Muslimen aus. Vorwiegend stammen sie aus der Türkei und aus Jugoslawien. Etwa 8% der Ausländer in der Schweiz sind islamischer Religionszugehörigkeit, ein Drittel der türkisch/islamischen Bevölkerung sind Kinder unter 16 Jahren.

In *Österreich* leben ebenso viele Muslime (70 000) und ungefähr die gleiche Anzahl Türken (40 000) wie in der Schweiz. Während in der Schweiz der Anteil der Männer an der türkischen Bevölkerung bei 56% liegt, sind es in Österreich 70%. Die Kinder sind in Österreich wesentlich unterrepräsentiert. Diese Zahlen deuten darauf hin, daß es sich in Österreich erst um ein Anfangsstadium der Einwanderung handelt.

In *Belgien* sind fast 30% (250 000) der 900 000 Ausländer muslimischen Glaubens. Die Marokkaner bilden mit 130 000 die größte Gruppe, gefolgt von Türken (85 000), Algeriern (14 000) und Tunesiern (9000) – In Belgien sind 50% der muslimischen Bevölkerung Kinder. Dies läßt – im Gegensatz zu Österreich – auf einen weit fortgeschrittenen Einwanderungsprozeß schließen.

In *Spanien* ist die Datenlage äußerst dürftig. Schätzungen gehen von 40 000 bis 100 000 – meist illegalen – muslimischen Einwanderern aus, die vorwiegend aus Marokko stammen. Im vorliegenden Länderbericht wurde die Rolle Spaniens als Durchreiseland nordafrikanischer Muslime auf der Suche nach Arbeit in den westeuropäischen Industriestaaten hervorgehoben.

Ebenso unsicher, aber in anderen Dimensionen, sind die Zahlen zwischen 200 000 und 300 000 aus *Italien*. Dort können zwangsläufig keine verlässlichen Angaben gemacht werden, da es sich bei der muslimischen Einwanderung zum größten Teil um eine illegale handelt, die nicht strukturiert ist. Naturgemäß überwiegen bei einem illegalen Einwanderungsprozeß ganz eindeutig die Männer, während Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren völlig unterrepräsentiert sind. Die islamische Bevölkerung konzentriert sich vor allem auf Sizilien, wo es wegen der Nähe zu Nordafrika eine lang zurückreichende Einwanderung gibt.

In *Frankreich* gehören fast die Hälfte der Ausländer unter Einfluß der Illegalen dem Islam an, wobei die Algerier (805 000) an erster Stelle stehen. Es folgen Marokkaner (421 000), Tunesier (181 000), Türken (100 000) und Muslime aus Schwarzafrika (65 000). Eine besondere Gruppe stellen die 200 000 französischen Muslime dar. Es handelt sich um Algerier, die beim Abzug der Franzosen aus Algerien nach Frankreich eingewandert sind.

Mit fast zwei Millionen gibt es in der *Bundesrepublik Deutschland* eine ähnlich große muslimische Minderheit wie in Frankreich. Vergleichbar ist auch deren Anteil an der gesamten ausländischen Bevölkerung, der um 40% liegt. Ein entscheidender Unterschied zu Frankreich liegt

in der Tatsache, daß über 80% der Muslime in der Bundesrepublik türkischer Staatsangehörigkeit sind, und zwar 1,5 Millionen. Muslimische Jugoslawen gibt es schätzungsweise 140 000. Aus Asien stammen 107 000, aus Afrika – hierbei vor allem aus Marokko und Tunesien – knapp 80 000 Muslime. Bei den angegebenen Zahlen handelt es sich um legal in der Bundesrepublik lebende Muslime. Ähnlich wie in Frankreich müssen auch in der Bundesrepublik mindestens 20 000 Illegale hinzugerechnet werden. Ein Drittel aller Muslime sind Kinder unter 15 Jahren.

Auch in Deutschland zeigt sich der Reifegrad des Einwanderungsprozesses in dem Anteil der Kinder. Von den 1,5 Millionen Türken sind ein Drittel, also eine halbe Million Kinder unter 15 Jahren.

Noch kein Islam zweiter Generation

Alle Berichte stimmten darin überein, daß es sich bei den eingewanderten muslimischen Minderheiten um nicht nur national, sondern auch religiös und politisch *äußerst differenzierte Gruppierungen* handelt. Sie reproduzieren in starkem Umfang die religiösen und politischen Verhältnisse ihrer Herkunftsländer. Wie dort gibt es auch in den Einwanderer- bzw. Aufnahmeländern konservative, liberale oder auch laizistische Tendenzen. Politisch ist ebenfalls das ganze aus den jeweiligen Herkunftsländern bekannte Spektrum vertreten: mit einer stärkeren Akzentuierung der bei Linken und Rechten ins Extremistische hineinreichenden Flügel. Muslime, die wie in der Bundesrepublik nahezu ausnahmslos der Arbeiterschicht angehören, leben zum größten Teil in Ballungsräumen. Nicht zuletzt ein fehlendes Wohnungsangebot bringt vielfach ungewollt Gettoisierungstendenzen mit sich. Kommen starke Vorbehalte von seiten der Aufnahmegesellschaft hinzu, sind Gegenreaktionen vor allem der muslimischen Bevölkerung unvermeidbar: religiöse Herrschaftsansprüche werden zur Kompensation gesellschaftlich erfahrener Geringschätzung und zur Erhaltung nationaler und individueller Selbstachtung erhoben.

Bemerkenswert ist, daß sich alle Äußerungen von staatlicher, kirchlicher oder auch islamischer Seite selbst auf einen Islam berufen, der im Herkunftsland vermittelt wurde. Einen „Islam der zweiten Generation“, der die Erfahrung westeuropäischer, industriell geprägter pluralistischer Gesellschaften der muslimischen Kinder antizipiert, artikuliert sich bisher nicht. Das Dilemma liegt offen zutage: Neben starken Anpassungs- und Säkularisierungsprozessen, gerade auch unter der Jugend, spielt die Suche nach einer eigenen islamischen Identität in einer vom Christentum beeinflussten Umwelt eine im Herkunftsland nicht gekannte Rolle. Während Versuche von Einzelpersonen und Gruppierungen einer Integration muslimischer Religiosität in die Lebenspraxis pluralistischer Staaten z. Zt. fast völlig übertönt werden durch die Ereignisse in der islamischen Welt und durch fundamentalistische Strö-

mungen auch in Westeuropa, wächst gleichzeitig die Zahl der Muslime, die ihrem Glauben gegenüber angesichts der für sie täglich erlebbaren Widersprüche zunehmend indifferent werden.

Dies bietet wiederum *fundamentalistisch geprägten Gruppierungen* die Chance, ihre Glaubensbrüder von der Notwendigkeit einer von der sie umgebenden Gesellschaft weitgehend losgelösten kulturellen Infrastruktur zu überzeugen.

Die auf Vermittlung bedachte Gruppe der *Reformmuslime* besitzt keine ausgeprägten Verbands-Strukturen. Hingegen hat die fundamentalistische Richtung, die die traditionelle Rechtslehre der Scharia vertritt, in ihrem „Islamic council of Europe (London) und in der Islamic foundation (Leicester) Instanzen, die Organisationen wie etwa der Süleimanli-Bewegung, die in den Niederlanden, Belgien und der Schweiz anzutreffen ist und in der Bundesrepublik ca. 200 Gebetsräume besitzt, Argumentationen auf angehobenem Niveau liefern. Auch die sogenannte Nurdschuluk-Bewegung, die ebenfalls der fundamentalistischen Richtung zuzuordnen ist, bezieht sich auf diese Instanzen. Politische Affinitäten – vor allem in der Bundesrepublik – bestehen zu rechtsorientiertem Parteienspektrum der Türkei, wie der nationalen Heilspartei von Necmettin Erbakan sowie zu den Nationalisten von Alparslan Türkeş.

Soweit die Berichte die religiöse Praxis einzuschätzen versuchten, kamen sie zu der Feststellung einer *beachtlichen religiösen Aktivität*, wobei für die Einhaltung des Fastenmonats Ramadan 80% und für die Verrichtung der Gebete 20% angegeben werden. Der Bericht aus Belgien ging davon aus, daß 20% der islamischen Bevölkerung ihr Almosen entrichten und 8% einmal nach Mekka pilgern.

Dennoch ist bei Muslimen in der Bundesrepublik eine abnehmende Tendenz in der religiösen Praxis zu beobachten. Auch hat sich das Klima zwischen den Praktizierenden und Nichtpraktizierenden in den letzten Jahren offensichtlich erheblich verschlechtert. Man macht sich gegenseitig Vorwürfe, die „Frommen“ nennen die andere Seite pauschal „Kommunisten“ und „Atheisten“, die man um des Glaubens willen bekämpfen müsse.

Die *religiöse Unterweisung* und die Weitergabe muslimischen Glaubens erfolgt bekanntlich in Kursen der Koranschulen, die gerade in der Bundesrepublik in den Verdacht geraten sind, durch politisch extreme Kräfte mißbraucht zu werden. Andererseits gibt es Bemühungen, islamischen Unterricht in das Angebot der Regelschule zu integrieren. Nordrhein-Westfalen hat für Muslime den islamischen Religionsunterricht bereits eingeführt. Daneben wird dort Koranunterricht in den Moscheen erteilt. Noch in diesem Jahr soll dies auch in den öffentlichen Schulen Österreichs ermöglicht werden. In der Schweiz und in Frankreich werden Korankurse außerhalb der Schulzeit veranstaltet, während beispielsweise in Italien der Koranunterricht nur auf privater Basis möglich ist. Daß es sich bei der Anwesenheit muslimischer Minderheiten in Westeuropa um kein vorübergehendes Phänomen

handelt, wird nicht nur durch die zunehmende Aufenthaltsdauer oder durch die bestehende religiöse Praxis und ihre organisatorischen Ausfächerungen deutlich. Auch der Aufbau von Strukturen seitens der Kirche in den verschiedenen Ländern läßt darauf schließen, daß die Notwendigkeit einer Begegnung akzeptiert ist und bereits entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden.

Was tut die Kirche?

In *Frankreich* wurde bereits im Jahre 1973 ein Sekretariat für die Beziehungen von Christen und Muslimen eingerichtet. In *Spanien* besteht ein Sekretariat bei der nationalen Bischofskonferenz, das auch im sozialen Bereich tätig ist und sprachliche Angebote macht. *Belgien* besitzt seit 1978 in der „Kalima“ ein Instrument, das wie in der Bundesrepublik „CIBEDO“ (Christlich-islamische Begegnung – Dokumentationsleitstelle der Weißen Väter in Frankfurt) bemüht ist, praxisorientierte Arbeitshilfen für Begegnungen auf den verschiedenen Ebenen zu erarbeiten. Der belgischen „C.I.R.I.“ (Commission Interdiocésaine des Relations avec l'Islam) entspricht in der Bundesrepublik die 1977 gegründete „Ständige Arbeitsgruppe für christlich-islamische Beziehungen und für Kontakte zu anderen Weltkirchen“. Daneben besteht in Köln bereits seit 1973 eine Ökumenische Kontaktstelle für die Nichtchristen, weitere wurden später in München und Münster errichtet. Anlässlich ihrer diesjährigen Frühjahrskonferenz wiesen die deutschen Bischöfe besorgt auf die schwierige Lage der muslimischen Bevölkerung in der Bundesrepublik hin und nannten die große Zahl von Muslimen für die Kirche eine „pastorale Herausforderung“. Die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland hatte, so betonen die Bischöfe, „Offenheit und Sensibilität für eine ganz anders geprägte Mentalität“ gefordert. Wo die katholische Kirche von diesen Gruppen angegangen werde, da solle sie Hilfe leisten. Die Bischöfe verabschiedeten eine Erklärung, die sich in erster Linie an die Pfarrer, Pfarrgemeinderäte und Ver-

bände wendet. Diese Erklärung nach „innen“ soll „Verständnis“ wecken und informieren, zum anderen aber auch auf Probleme aufmerksam machen wie die Frage der Präsenz muslimischer Kinder in katholischen Kindergärten oder die zunehmende Zahl von Ehen zwischen muslimischen und katholischen Partnern. In den *Niederlanden* werden die Kontakte zu den muslimischen Minderheiten von einem Mitglied der „Cura migratorum“ wahrgenommen. Auf *europäischer Ebene* treffen sich seit 1980 die in den einzelnen Ländern mit diesen Fragen befaßten kirchlichen Mitarbeiter in den sogenannten „Journées d'Arras“.

Nimmt man die verschiedenen Länderberichte und die dazu in Hohenheim geführten Diskussionen zusammen, läßt sich als Resümee festhalten: Die Heterogenität des Islam verbietet eine einseitige Beurteilung, wie sie vielfach in unserem Land anzutreffen ist: Es gibt nicht *den* „Chomeini-Islam“, der – in türkischen Gettos bundesdeutscher Großstädte – von der religiösen und politischen Beherrschung Westeuropas nicht nur träumt, sondern schon jetzt ganz konkret darauf hinarbeitet.

Bestrebungen in den muslimischen Populationen Westeuropas nach Kongruenz von religiöser Praxis und gesellschaftlichen Erfordernissen sind im Gange. Sie sollten aufmerksamer als bisher beobachtet werden.

Bemühungen um eine intensivere Begegnung von seiten der westeuropäischen christlichen Kirchen werden vor allem auch in den Teilen der Welt aufmerksam registriert, in denen Christen als Minderheiten in muslimisch geprägten Gesellschaften leben.

Die seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil deutlich hervorgehobene Anwaltsfunktion der Kirche für gesellschaftliche Minderheiten ist in dieser Frage höchst bedeutsam. In einer zunehmend ausländerfeindlich werdenden Situation sind es vor allem die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände, deren soziales Engagement und gesellschaftspolitische Argumentation friedensstiftend und vertrauensbildend wirken können und müssen.

Klaus Barwig

Kurzinformationen

Unter dem Datum vom 22. März 1982 veröffentlichten die Bischöfe von Basel-Solothurn, Freiburg und Straßburg eine gemeinsame Stellungnahme zum „Verhalten des Christen im Konflikt um die Kernenergie“. Die Bischöfe der Diözesen am Hoch- und Oberrhein stellen „die Sorge vor falschen Entscheidungen und die Ängste vor unübersehbaren Folgewirkungen“ in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen, warnen aber zugleich vor „eigenmächtigem Handeln“ und fordern „einen neuen Stil des öffentlichen Miteinander“. Gleichzeitig vermeiden die Bischöfe unter Hinweis auf fehlende Sachkompetenz in technischen Fragen, für oder wider den Ausbau der Kernenergie Stellung zu nehmen und beschränken sich auf die *Darlegung einiger allgemeiner Hand-*

lungsgrundsätze. An der Spitze steht die Forderung nach einem sachgerechten Informationsaustausch: Die Fragen um die Anwendung der Kernenergie seien so komplex und spezialisiert geworden, daß sie selbst für Fachwissenschaftler nicht umfassend durchschaubar seien. Diese Tatsache erfordere eine Kommunikation, deren „erste Kennzeichen gegenseitige Verlässlichkeit und kritisches Vertrauen sind“. Eigene Interessen und Motive, aber auch die Grenzen fachlicher Zuständigkeit müßten offen benannt werden. Sehr entschieden setzen sich die Bischöfe für die *Einhaltung rechtsstaatlicher Spielregeln* in der öffentlichen Auseinandersetzung ein: Wer sich über ein Gerichtsurteil hinwegsetze, erschwere oder verbaue den weiteren Weg zu gemeinsamer